

**Pressegespräch zum Tag der Menschenrechte –
Statement von Roland Graßhoff (Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP)**

Während wir hier sitzen, werden an den Außengrenzen der EU Flüchtlinge nach ihrer Nationalität selektiert. Passieren dürfen nur Schutzsuchende aus Syrien, Irak und Afghanistan. Alle anderen - darunter Frauen und Kinder - werden ungeprüft als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abgewiesen. Sie müssen ohne Rückkehrperspektive in ihre Herkunftsländer an den Grenzen ausharren. Für sie wird der bevorstehende Winter zur lebensbedrohlichen Gefahr. Diese Form des „racial profiling“ ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und eine beschämende Absage der Europäischen Union an Humanität und Menschenrechte.

Parallel hierzu haben wir am Tag der Menschenrechte die zunehmende Entrechtung der Flüchtlinge zu konstatieren, die es gegen alle Widerstände und trotz aller Gefahren in die Bundesrepublik geschafft haben. Mit dem im Oktober in Kraft getretenen Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde ein erstes umfassendes Desintegrationsprogramm für Flüchtlinge realisiert:

- Asylschnellverfahren sowie unbefristetes Arbeitsverbot und dauerhafte Kasernierung für Flüchtlinge aus den sogenannten „Sicheren Herkunftsstaaten“;
- Verlängerung der Verweilpflicht in der Erstaufnahme für alle und Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips.

Ohne Rücksicht auf individuelle und gesamtgesellschaftliche Konsequenzen hat die große Koalition in Berlin mit Zustimmung der rheinland-pfälzischen Landesregierung die hier lebenden Flüchtlinge als Mittel zum Zweck genutzt. Ihre Entrechtung soll vor allem diejenigen abschrecken, die noch in den Krisenregionen ausharren. Und diese Entrechtung schreitet voran:

- Ausgerechnet unter rheinland-pfälzischem Vorsitz hat sich die Innenministerkonferenz vergangene Woche in Koblenz auf weitere Restriktionen verständigt. Die vereinbarte Wiedereinführung der Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge wird ihre Verfahren unnötig in die Länge ziehen und ihre gesellschaftliche Integration erschweren. Die ebenfalls beschlossene Abschiebung afghanischer Flüchtlinge ist angesichts der katastrophalen Sicherheitslage vor Ort ein weiteres Zeichen für die Bereitschaft, Menschenrechte auf dem Altar der Abschreckung zu opfern.
- Im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens „zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ drohen weitere menschenrechtswidrige Restriktionen wie die Aussetzung des Familiennachzugs, die Einführung von Asylschnellverfahren für einen großen Teil der Flüchtlinge und die faktische Beseitigung medizinisch begründeter Abschiebungshindernisse. Von der rot-grünen Landesregierung erwarten wir, dass sie diesem erneuten Desintegrationsprogramm für Flüchtlinge im Bundesrat die Zustimmung verweigert und sich stattdessen auf Bundesebene für die Rechte von Flüchtlingen einsetzt.

Wir betrachten zugleich mit großer Sorge, dass die rheinland-pfälzische Oppositionsführerin Julia Klöckner - offenbar mit Blick auf den Wahlkampf - in der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen zunehmend als Scharfmacherin fungiert. Ihre wahlweise mit der „Mathematik“, der „Aufnahmekapazität“ oder – ungefragt – der „Erschöpfung der ehrenamtlichen Helfer“ begründete „Obergrenzen“-Rhetorik flankiert sie seit einiger Zeit mit der Forderung nach einem „Integrationspflichtgesetz“. Angesichts der Verbindlichkeit unseres Grundgesetzes entlarvt sich diese Forderung als populistischer Wahlkampfpopanz, der mit Ressentiments insbesondere gegenüber muslimischen Flüchtlingen spielt und solche Ressentiments fördert. Sie nimmt damit die gesellschaftliche Ausgrenzung von Minderheiten in Kauf und leistet rassistischer Gewalt Vorschub.

Wer sich aus Kalkül Positionen und Forderungen von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten zu Eigen macht, stärkt Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Er gefährdet Flüchtlinge und diskreditiert diejenigen, die sich als „Botschafter der Menschenrechte und der Menschenwürde“ für Flüchtlinge engagieren

Zum Tag der Menschenrechte setzen wir diesem Kalkül die Forderung nach der menschenrechtskonformen Aufnahme, nach fairen und sorgfältigen Verfahren und nach sozialen Rechten für alle Flüchtlinge entgegen. Deshalb rufen wir gemeinsam mit der AK Asyl unter dem Motto „Asyl ist Menschenrecht!“ zu einer Demonstration in Mainz auf. Den Aufruf finden Sie in der Pressemappe. Vielen Dank!